

# Leipziger Tageblatt

und

## Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 238

Hauptschriftleiter: Dr. Everth, Leipzig

Freitag, den 21. Mai

Verlag: Dr. Reinhold &amp; Co., Leipzig

1920

### Schlussigung der Nationalversammlung

#### Eine Erklärung des Reichsministers Koch

##### Teilweise Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes

Berlin, 21. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung gab Reichsminister des Innern Koch folgende Erklärung ab: Die Reichsregierung ist gestern durch eine Resolution der Nationalversammlung ersucht worden, den Ausnahmezustand im Reiche aufzuheben. Bei der Verhandlungsmöglichkeit der Regierung zum Parlament hat dieser Beschluss der Reichsregierung Veranlassung zu ernsthaften Erwägungen geben müssen. Wenn ich gestern namens der Regierung erklärt habe, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes nicht überall in Deutschland zulässig sei, aber noch im Laufe dieser Woche geprüft werden würde, in welchen Bezirken er befehligt werden könnte, so hat die Regierung mit Rücksicht auf den Beschluss der Nationalversammlung eine vorläufige Prüfung dieser Frage noch im Laufe des heutigen Tages vorgenommen. Danach bleiben in gewissen Bezirken Deutschlands Verbrennen gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes bestehen. Zunächst hat die Regierung gerade in den letzten Tagen wieder Kenntnis erhalten von Bestrebungen reaktionärer Kreise, auf Gründen, namentlich im Westen, im Sinne gewalttätigen Vorgehens einzutreten. (Hier hört) Neben dieser Drage wird die Öffentlichkeit bereits in den nächsten Tagen schriftliche Aufführung bekommen. Sobald kann die Gefahr kommunistischer Putschs tatsächlich im Hinblick auf den Umgang der noch vorhandenen Waffenarmeen noch nicht überall als behoben gelten. Das gilt besonders für das Ruhrgebiet. Außerdem schweben dort leider noch zahlreiche unerledigte Verfahren, und es befinden sich noch viele Personen in Haft. Die Anklagevertreter sind jetzt auf Anweisung der Regierung, die dafür besondere Abschlägen erlassen hat, angestrengt damit beschäftigt, das Verfahren gegen die Verbrecher und gemeinen Verbrecher bezeichnig durchzuführen und die Unschuldigen zu entlasten. Wenn gerade in diesem Augenblick das Verfahren unterbrochen und ad hoc auf die ordentlichen Gerichte übergeleitet würde, so würde eine starke Verzögerung der Entlastung

erschuldbarer entstehen, zumal da gerade diese Verfahren meist vor die Schwurgerichte kommen würden. Aus diesem Grunde wird auch im eigenen Interesse des Verhafteten im Rahmen der Ausnahmezustand noch nicht befehligt werden können. Im übrigen versteht die Regierung wegen der Rücksicht der Bestimmungen im Rahmen auf die in den letzten Tagen in der Presse veröffentlichten Erklärungen. Weiter ist in Sohna der Ausnahmezustand wegen des Verhandlungsvertrags bestellt und muß beibehalten werden, bis die für den 30. Mai auf Veranlassung der Reichsregierung ausgeschriebenen Wahlen die Möglichkeit ergeben, den Volkswillen festzustellen und eine verhandlungsfähige Regierung zu bilden. Endlich hat die Landesregierung in Bayern mit Rücksicht auf die noch ihrer Anwendung befindet gesetzdrohenden Verhältnisse sich mit aller Entschiedenheit gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern erkämpft. Die bayerische Regierung hat inzwischen aber zugestellt, daß sie die Wahlbewegung nicht beschränken und insbesondere bestehende Zeitverbot aufheben werde. Darüber, ob in Bayern noch weitere Erklärungen möglich sind, wird die Reichsregierung mit der bayerischen Regierung, die die Verhältnisse in erster Linie zu bearbeiten hat, in Kontakt treten. Die endgültige Prüfung im Laufe dieser Woche wird ergeben, ob zu den angezählten Zwecken noch irgendwelche anderen hinzutreten. Dagegen kann auf Grund der von mir gestern bereits zugelassenen, vorläufig vorgenommenen Prüfung im größten Teile des Reiches der Ausnahmezustand, soweit er noch besteht, aufgehoben werden. In allen Teilen des Reiches aber verbürgt sich die Reichsregierung entsprechend der gestern abgelegten Erklärung darin, daß während der Wahlbewegung die Versammlungs- und Pressefreiheit gewahrt werden wird.

Berlin, 21. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der durch den gestrigen Gesetzesbeschuß der Nationalversammlung über die Aufhebung des Ausnahmezustandes entstandene Konflikt ist beendet. Die sozialdemokratische Fraktion hat heutigen die Stellungnahme der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder gebilligt.

##### Deutschnationales Wahltheater

Obstruktion in der Nationalversammlung. — Wohlwollen des Reichspräsidenten. — Schluswort des Reichskanzlers.

Berlin, 21. Mai. (Drahtbericht.) Bei der dritten Lesung des Gesetzesentwurfs zur Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit stellte heute in der Nationalversammlung der Abgeordnete Graefe (Deutschland) den Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung abzuheben, da es zweifelhaft sei, ob das Haus befürchtungslösig sei. Auf Antrag des Abgeordneten Loebe (Soz.) wurde über diesen Antrag namentlich abgestimmt. Es stimmten mit Ja 3 und mit Nein 208 Abgeordnete, im ganzen also 211. Zur Befürchtungslösigkeit gehörten jedoch 212 Abgeordnete. Präsident Fechnerbach stellte fest, daß eine Befürchtungslösigkeit vorliege. Er hob die Sitzung auf und beruhmte die nächste Sitzung auf 11.30 Uhr mittags an mit der Tagesordnung: Einigungnahme der Ausarbeitung des Reichspräsidenten.

b. Berlin, 21. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Nationalversammlung schließt mit einem billigen Triumph der Rechten, die Laune hatte, ein unruhiges Spiel zu treiben in der Stunde, als das erste Parlament des neuen Deutschen Reiches auseinanderging. Die Obstruktion, die sich gegen die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit richtete, hat zu dem Irrtum geführt, als sei das Haus in seiner letzten Sitzung arbeitsunfähig gewesen. Das Bild war gesättigt von der Rechten, die sich von der Abstimmung über ihren eigenen Obstruktionsantrag fernhielt. Ihre Bänke waren vorher schwach, aber doch mit weit mehr als einem Dutzend Abgeordneten besetzt. An der Abstimmung beteiligten sich nur drei Deutschnationale. Das Ergebnis kam nach Wunsch. Das Haus zeigte sich beschlußunfähig, aber nur um 1 Stimmabstand. Immerhin, die deutschnationale Partei hatte mit Freuden jedem Stimmabwiegler die Summe von 30 Mark zahlen. Ein billiger Spah, der in Wahrheit auf Kosten der deutschen Volksvertretung geht.

Zuvor hatte es noch eine Szene gegeben, die sich wie ein ernster Brand anfühlte, aber ausging wie ein Strohfeuer. Die Verantwortungslosigkeit eines Teiles der Regierungssocialisten und die Interessengleichheit eines Teiles der bürgerlichen Abgeordneten hatte gestern eine linke Zusammensetzung für die Aufhebung des Ausnahmezustandes, also gegen den Standpunkt der Regierung ergeben. Das machte im Kabinett einige Unruhe. Der Minister des Innern wußte eigentlich seinen Standpunkt, die in Wahldingen bangende Sozialdemokratie wankte ein bisschen hin und her, bevor sie sich aber schließlich auf ihre Koalitionspolitik und rief ihre Seitenpartner zur Ordnung. So war die Ministraturkrisis, die aber kompromittierende Bedeutung hatte, eigentlich schon beendet, ehe die Probe auf das Exempel gemacht wurde. Das geschah dadurch, daß der Minister des Innern in der Nationalversammlung klar und klar die Unmöglichkeit erklärte, den Ausnahmezustand schon jetzt überall aufzuheben. Die äußerste Linke tönte, ihr Sprecher Henke sprach sich vor dem unerwartet starken Auditorium in einer endlosen Jörnrede, aber das von ihm verlangte Abstimmenvotum gegen die Regierung stand nicht eine Unterschrift mehr als die der anwesenden 13 Unabhängigen, und Präsident Fechnerbach legte den Antrag zu den übrigen.

Die zweite Vormittagssitzung wurde dann der wirkliche Schlacht der Nationalversammlung. In knapp 4 Wochen wird

an ihrer Stelle der Reichstag raten und raten. Den Ausgang bildete die Entgegnung einer Kundmachung des Reichspräsidenten. Die Wohlwollen des Reichspräsidenten, die von dem Präsidenten Fechnerbach verlesen wurde, gibt einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Deutschen Republik während der Tätigkeit der Nationalversammlung und gipfelt in dem dringenden Aufruf, den Wahlkampf frei von Gewalttat zu führen und die politischen Ziele der Parteien nicht mit anderen Waffen zu verfechten als mit denen des Geistes im Sinne des Wiederaufbaues.

Reichskanzler Müller weinte in einem kurzen

Schluswort von dem Präsidenten Ebert gegebenen Überblick

auf die Lage Deutschlands im Gesamtbild Europa und schloß mit dem hoffnungsvollen Ausblick auf die

Zeit, in der ein aufwärtsstreben Deutschland von den übrigen Staaten endlich als eine Lebensnotwendigkeit für GesamtEuropa anerkannt werde. Diese Zeit werde dann auch der Nationalversammlung die verdiente Anerkennung ihres Wirkens bringen, die ihr heute aus der unmittelbaren Nähe und unter dem Eindruck von mancherlei Verwirrung in vielen Kreisen noch veragt habe. Zum Abschluß dankte nomens des Hauses der demokratische Abg. von Panay dem Präsidenten Fechnerbach für seine unermüdliche Tätigkeit als Leiter der Verhandlungen. Präsident Fechnerbach gab diesen Dank an alle seine Mitarbeiter weiter und schloß mit der Hoffnung, daß das deutsche Volk in ernster Arbeit und stetem Aufwärtsstreben alle seine Kraft zum Wiederaufbau und zur neuen Würde des deutschen Vaterlandes einlehen werde. Punkt 12 Uhr ging die Nationalversammlung auseinander.

##### Vereinbarungen der Pariser Eisenbahnhkonferenz

Wiederaufnahme des internationalen Reiseverkehrs  
über Deutschland

Paris, 21. Mai. (Drahtbericht.) Bei den Beratungen technischer Delegierten der deutschen, französischen und belgischen Eisenbahngesellschaften über die Wiederaufnahme des Reiseverkehrs zwischen den drei Ländern und den Durchgangsverkehr durch Deutschland wurde erzielt: 1. eine Vorvereinbarung zu dem Vertrag über den Paris-Prag-Warschau-Wiener Expresszug, 2. eine Vereinbarung mit der französischen Ostbahn wegen direkter Waggonverbindung mit Frankfurt a. Main, Prag, Warschau, München und en. Wien, 3. eine Vereinbarung mit der französischen und der belgischen Nordbahn und der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft wegen direkter mehrgliedriger Waggonverbindung zwischen Paris (Ostende) und Berlin (en. Wien). Die Verhandlung weiterer Einzelheiten zu 2. und 3. soll nächstens eine Zusammenkunft in Kiel veranlaßt werden.

Berlin, 21. Mai. (Drahtbericht.) Die Meldung, daß der Reichskabinett kommissarisch mit anderen leitenden Beamten in der vorigen Woche in Paris geweilt habe, wird der Deutsch. Abg. Ing. bestätigt. Auch auf französischer Seite war der Wille zur Verständigung vorhanden. Die schwedenden Verhandlungen wurden höchstlich befreit. Einheitliche Abmachungen konnten noch nicht getroffen werden, da von französischer Seite erklärt wurde, daß die Entscheidung dem Obersten Rat und der Wiedergutmachungs-Kommission überlassen werden müsse.

##### Die Leipziger Kämpfe abermals vor der Volkshammer

(Drahtbericht unserer Dresdener Schriftleitung.)

Dresden, 21. Mai.

Am Ministerium: Ministerpräsident Mack, die Minister Kühn, Dr. Seydel, Dr. Hartwich, Dr. Reinhold und Kommissare. Präsident Träßdorf eröffnet die Sitzung um 11 Uhr und teilt mit, daß am Nachmittag um 2 Uhr eine zweite Sitzung mit der Tagesordnung: Beamtenbefreiungsgebet, Bericht des Haushaltungsausschusses, Antrag des Reichsgerichts auf Zusammenlegung der Reichs- und Landtagssäale, stattfinden wird.

Der erste Punkt der Tagesordnung, Rendierung der Gebäudenordnung für Ortsgerichtspersonen, wird ohne Ansprache einstimmig angenommen. Als zweiter Punkt steht auf der Tagesordnung Anfrage der Unabhängigen über die Einleitung von Untersuchungen und Strafverfahren gegen revolutionäre Kämpfer.

Abg. Liebmann (Unabh.): Als die Reichsregierung vor Appellkampf lag, riet sie den Arbeitern zu Hilfe. Das Versprechen, daß die revolutionären Arbeiter strafen sein sollten, ist nicht gehalten worden. Besonders schwer bat man in Leipzig und Umgebung eingegriffen. Die Verfolgung zwischen Reaktion und Gerichtsbeamten ist sehr innig. Gerichtsbeamte sind aufgefordert worden, Spieldienste zu leisten. Der Redner führt sodann eine Menge von Einzelfällen an, wo Arbeiter mißhandelt worden seien sollen.

Justizminister Dr. Hartwich:

Es ist nicht leicht, gegenüber den vorherigen und alle Grenzen überschreitenden Angriffen gegen die Justiz Objektivität zu wahren. Der Abg. Liebmann hat tausend Fälle erstmals heute angeführt, die nicht an das Justizministerium gelangt sind. Wenn sich ein Missbrauch der Richter vorlegt, möchten die Betroffenen häufig gemeldet haben. Solange das nicht geschieht, muß ich die angeführten Fälle für unwahr halten. Der Staatsanwalt Dr. Seeger, den Herr Liebmann besonders erwähnt, ist schon 1914 aus der Justizverwaltung ausgetreten. Die Aussüsse der verschiedenen Art wollen mitregieren. Es sind Gerichtspersonen als Geiseln festgehalten worden. Gerichtsakten verbrandt und verschleppt, Verbrecher befreit worden. Abg. Wagner: Das ist Liebmannscher Tortfritti! Die Justiz arbeitet noch heute nicht frei von Gefahr. Verhaftungen können nicht erfolgen, da die Beamten sich fürchten. Hochverrat ist im März auch von links geübt worden. Es liegen 250 Geschäfte um Begnadigung vor. Alle Fälle werden untersucht werden.

Abg. Dr. Menke-Glückert (Dem.): Es wird allmählich langweilig, daß die Unabhängigkeiten sich andauernd als Unschuldsengel präsentieren, während die Zeitfreiwilligen und das Bürgertum von vornherein Kauallen und Verbrecher sind. Der Abg. Liebmann hat über die unerhörten Verbrechen, die von den Leuten, die ihm nahestehen, gegen die Zeitfreiwilligen verübt worden sind, nicht ein Wort verloren. Ich möchte ihm darauf aufmerksam machen, daß einige Zeitfreiwillige geradezu bestialisch zerstört worden sind. Von den ihm nahestehenden Leuten ist auch erhebliches Fremdes Eigentum geraubt worden. Ich will mich nicht mit den Einzelheiten beschäftigen, sondern nur grundsätzlich Stellung nehmen.

Die Spannung in Leipzig

röhrt daher, daß vor der "Leipziger Volkszeitung" förmlich zur Bildung von Roten Garde aufgefordert wird. Die öffentlichen Auflösungen zum Einschreiben in die Roten Garde kann man täglich in der "Leipziger Volkszeitung" lesen. Es wird vor allem das Mitgliedsbuch der U. S. P. gefordert. 17 Bezirke sind schon mit Gewehren ausgerüstet. Da viele Gewehre fehlen, werden Gewehre aus Überberg beziehbar. Auch Schießübungen sollen abgehalten werden. Die Zeiten, wo wir über uns herfallen lassen, sind vorbei. Wir sehen uns zur Wehr! (Bravo!) Wir erwarten, daß die Regierung die Bildung der Roten Garde verhindert. Die U. S. P. denkt nicht daran, die Waffen abzuliefern. Das Bürgertum wird nicht so dumm sein, sich entwaffnen zu lassen. (Bravo!)

Minister des Innern Kühn: Ich habe den Abgeordneten Liebmann am 7. Mai um Material gebeten. Er hat mir am 18. Mai sechs Vorhänge zuschickt, die aber gar nicht zu meinem Büro, sondern in das Justizministerium gehören. Sowohl die Fälle in meinen Amtsbereich fallen, hat er mir nicht einen einzigen mitgeteilt. Die Fälle, die der Abgeordnete Liebmann hier vorgetragen hat, hätten sich plausibel erledigen lassen, wenn er sie mir unterbreitet hätte.

Abg. Rammelberg (Dt.-Rath.): Mit zweierlei Maß darf nirgendwo gemessen werden, weder bei den Kapp-Anhängern noch bei den Außenseitern im Antireich. Mit solchen Anfragen sollte man die hostilen Zeit nicht vertreiben.

Nach einigen Schlussbemerkungen des Abgeordneten Liebmann wird die Sitzung um 12 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung nachmittags 2 Uhr.

##### Entscheidung über die Südgrenze der ersten Zone Schleswihs

Kopenhagen, 21. Mai. (Drahtbericht.) Der dänische Gesandte in Paris hat dem Ministerium mitgeteilt, die Botschaften konnten habe den Vorschlag Claudius, die mehrfach genannte vier Kirchspiele Dänemark zugesprochen, abgelehnt und sich dem Vorschlag Marlings angeschlossen, wonach die Südgrenze der Clausenschen Linie folgen soll.

Auf die Anregung von konservativer Seite, eine Untersuchung der nord-schleswigschen Politik des Ministeriums Table einzulegen, erklärte Ministerpräsident Neergaard im Reichstage u. o. das Ministerium Zahl sei von den Bestrebungen der Mittelschleswiger auf Internationalisierung der zweiten Zone in seinem Interesse an den Gesandten in Paris geradweg abgerückt; die gegenwärtige Regierung aber habe in der Instruktion vom 6. Mai ihre volle Sympathie für eine Internationalisierung ausgesprochen und betont, eine solche Lösung mit Dank anzunehmen.





# Handels-Zeitung

Hugo Schneider, Akt.-Ges., in Leipzig. Für 1919 ermäßigt das Unternehmen bekanntlich seine Dividende auf 25 (i. V. 30) Proz. Einschließlich Vortrag stellt sich der Bruttogewinn auf 9388547 (i. V. 7299281) M. Die Handlungskosten, Steuern usw. erfordern 4911701 (3595270) M. Die Abschreibungen werden auf 1825615 (802909) M. erhöht, so daß ein Reingewinn von 2646231 (2811068) M. verbleibt. Hieraus werden 175000 (0) M. für außergewöhnliche Gratifikationen an die Beamten abgezweigt, während der Neuvortrag sich auf 96391 (90872) M. erhöht. Die Verwaltung gedenkt in ihrem Bericht eingangs des verschiedenen Generaldirektors Geheimen Kommerzienrats Schneider-Dörfel. Über den Verlauf des letzten Geschäftsjahrs selbst bemerkt sie, daß der Gesamtumsatz sich auf 38565786 (40720913) M. ermäßigte. Bis gegen Mitte des Berichtsjahrs arbeitete die Gesellschaft in fast allen Abteilungen sehr unbefriedigend, die Umsätze ließen außerordentlich zu wünschen übrig. Es setzte dann eine Besserung der Arbeitsleistungen ein; sie war unbedingt erforderlich, sonst wäre die Möglichkeit, den Fabrikationsbetrieb länger aufrechtzuhalten, in Frage gestellt worden. Die Preise für Rohstoffe nahmen eine ungeahnte Höhe an. Dieser scharf steigende Konjunktur, hohes Auslandsgeschäfte, günstiger Abwicklung noch aus dem Vorjahr schweben der Geschäfte und guten Einnahmen aus den Beteiligungen ist es vorwiegend zu verdanken, daß auch für 1919 mit einem befriedigenden Ergebnis abgeschlossen werden kann. Die gestiegenen Preise für Rohmaterial, die Erhöhung der Umtkosten usw. erforderten die Aufnahme einer 4% prozent. hypothekarisch sichergestellten Schuldbewilligung von 4 Mill. Mark. Weiter wurden bekanntlich im Januar d. J. 5,5 Mill. Mark neuer Aktien ausgegeben.

Die Bilanz verzeichnet u. a. Waren mit 15497907 (L. V. 5847025) M. Effekten mit 433796 (3003962) M. Wechsel und Scheine mit 107074 (88034) M. Beteiligungen mit 2249001 (2255752) M. Debitor mit 12283320 (11139435) M. und Kreditoren, einschließlich Kriegssteuerrücklage, mit 21372996 (18655191) M. Das laufende Geschäftsjahr hat sich bisher befriedigend gestaltet, die weitere Entwicklung läßt sich bei der unsicheren Lage nicht voraussehen.

\* Die Aussichten der Maschinenbauindustrie. Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten hatte für gestern eine Sitzung nach Berlin einberufen. Es wurde in der Versammlung mitgeteilt, daß jetzt die Inlandpreise vielfach bereits die Preise überschritten hätten, die auf dem Weltmarkt zu erzielen seien. Bei dem Verkauf nach dem Ausland sei man meist auf die Länder mit niedrigen Valuten angewiesen. Doch bietet England sowohl als auch Amerika alles an, um uns aus diesen Marktgebieten zu verdrängen. Bei den jetzigen hohen Kosten könnte die Maschinenbauindustrie die Ausfuhrabgabe nicht mehr tragen und müsse sie auf den Auslandsabsatz abwälzen. Einem solchen Aufschwung würde man aber im Auslande meist ablehnen, da man dort nicht als "Wohltätigkeitsinstitut" für Deutschland gelten wolle. Die Ausfuhrabgabe in ihrer jetzigen Gestalt müsse also schleunigst wieder abgeschafft werden, wolle man der Maschinenbauindustrie auch nur eine größere Aussicht auf die Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt einräumen.

\* Maschinenfabrik Buckau, Akt.-Ges., in Magdeburg. Laut Rechenschaftsbericht für 1919 erhöhte sich der Bruttogewinn einschließlich Vortrag auf 5288940 (L. V. 3573058) M. Geschäftskosten und Betriebskosten erforderten 3108406 (1809232) M. Zinsen 228643 (141013) M. und Abschreibungen 916090 (799859) M. Aus dem Reingewinn von 1090800 (822959) M. werden, wie gemeldet, 13 (L. V. 10) Proz. Dividende verteilt, für Beamten- und Arbeiterunterstützungen 100000 M. (L. V. 30000) M. auf Unterstützungsconto und 30000 M. Gratifikationen an Beamte und Meister) zurückgestellt und 106936 (91418) M. auf neue Rechnung vorgebrachten. Die Gesellschaft hatte zeitweise infolge von Streiks und Materialmangel unter Produktionsausfällen zu leiden. Die dann einsetzende Besserung der Lage ermöglichte den befriedigenden Abschluß. In der Bilanz wird u. a. das Fabrikationskonto mit 3416063 (2603459) M. und das Arbeitsmaterialkonto mit 3603658 (2373054) M. aufgeführt. Effekten haben sich auf 121229 (647241) M. ermäßigt. Dagegen sind die Außenstände, worunter sich 350839 (68914) M. Bankguthaben befinden, auf 9558458 (3848726) M. angewachsen. Von den Verbindlichkeiten, die auf 10795098 (4680067) M. gestiegen sind, entfallen 6652484 (1484490) M. auf Anzahlungen, 434171 (1910448) M. auf Bankguthaben und 3708443 (1385127) M. auf andere Kreditoren. Im neuen Geschäftsjahr hat der lebhafte Auftragseingang angehalten. Eine recht erfreuliche Weiterentwicklung hat besonders die Abteilung Baggerbau genommen.

\* Emil Pöns & Co., Akt.-Ges., in Leipzig. Laut Jahresbericht für 1919 vereinbarmte die Gesellschaft insgesamt 1900736 (L. V. 1348637) M. davon entfallen auf Warenkonto 1839403 (1256848) M. Dagegen erforderten die Fabrikationskosten 1017614 (553628) M. Geschäftskosten 500067 (346368) M. Abgeschrieben wurden 101949 (198800) M. Der Reingewinn beträgt 281064 (247760) M. Die Dividende wird bekanntlich mit wieder 15 Proz. vorgeschlagen; auf neue Rechnung vorgebrachten 31784 (48000) M. Zu den Abschreibungen bemerkt der Bericht: Da Kursverluste auf Wechsel und Debitor kaum zu berücksichtigen waren, konnten die Abschreibungen gegen das Vorjahr ermäßigt werden. — In der Bilanz sind wieder 8 Posten auf 1 M. abgeschrieben. Den Debitor mit 1611827 (128485) M. stehen an Kreditoren 491888 (180927) M. gegenüber. Dagegen sind die Warenbestände auf 577032 (186241) M. gestiegen.

\* Vom Eisenmarkt. Innerhalb des Deutschen Eisenwirtschaftsbundes wurden die Händlerpreise einer Änderung unterzogen, indem für Lieferungen an Werk der Hinderaufschlag von 4 auf 6 Proz. für Lieferungen ab Lager von 20 auf 22½ Proz. erhöht wurde; für den Berliner Bezirk und den Osten kommen bekanntlich noch 5 Proz. Zuschlag zur Verrechnung. — Die für den Monat Mai zur Ausfuhr stehenden Mengen betragen, wie wir hören, 45000 t. Dazu stehen dem Reichskommissar für besondere Zwecke noch 50000 t für die Ausfuhr zur Verfügung. Anträge für die Ausfuhr sind an die bestehende Preisprüfungsstelle (bislang die Ausfuhrstelle für eiserne Produkte) zu richten. — Die französische Regierung hat bestimmt, daß die Eisenwerke an der Saar in Zukunft ihre Erzeugnisse nach Frankreich nur in Frankenwährung verkaufen dürfen. Zugleich ist festgesetzt worden, daß den Verkäufen nach Frankreich die französischen Inlandpreise zugrunde zu legen sind. Diese betragen für Stahleisen z. B. 1500 Fr. für 100 kg, ein Preis, der, in Mark umgerechnet, der Saarwerken 1000 M. pro Tonne weniger einbringt als der ihnen vom Eisenwirtschaftsbund für Lieferungen nach Deutschland eingeräumte Preis.

\* Vom Deutschen Stahlbund geht uns folgende Mitteilung zu: Durch die Tagespresse geht eine Notiz, wonach für Walzseisenwaren eine Preiserhöhung von 300 bis 500 M. zu erwarten sei. Eine solche Nachricht muß zumindest als vorläufig bezeichnet werden, denn die Preisprüfungen, die gegenwärtig im Gange sind, haben noch keinerlei greifbares Ergebnis gezeigt, auf Grund dessen heute schon hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung irgendwelche zuverlässigen Voraussagungen gemacht werden können. Erst gegen Ende des Monats wird sich einigermaßen klar übersehen lassen, ob der Abbau der Preise überhaupt jetzt schon möglich ist, und man sollte vermeiden, Beurteilung hervorzuheben, die nur dazu führen kann, das ganze Wirtschaftsleben auf das empfindlichste zu stören.

\* Vom amerikanischen Eisenmarkt. Das Fachblatt "Iron Age" schreibt in seinem Wochenbericht u. a.: Die Lage weist mit Bezug auf die Schiffahrt nur wenig Besserung auf, doch deuten hoffnungsvolle Anzeichen, die vor einer Woche noch fehlten, darauf hin, daß man mit einer baldigen Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs rechnen kann.

\* Oleo, Mineralölwerke, Akt.-Ges., in Frankfurt a. M. Unter dieser Firma wurde eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 6 Mill. Mark unter Mitwirkung der Deutschen Bank, Filiale Frankfurt a. M., und des Bankhauses E. Ladenburg, Frank-

# Leipziger Tageblatt

furt a. M., gegründet. Der Zweck der Gesellschaft ist die Übernahme und der weitere Ausbau der bisher unter der Firma Deutsche Schmiermittel, G. m. b. H., betriebenen Mineralölraffinerie und Destillation.

\* Die staatlichen Salzbergwerke in Anhalt, die im Februar in dem Staatshaushalt mit 500000 M. Fehlbetrag eingesetzt wurden, schließen wider Erwarten mit erheblichem Gewinn ab.

\* Diskonterhöhung in New York. Die Bundes-Reserve-Bank hat ihre Diskontrate für Prima-Bankwechsel auf 90 Tage von 6 auf 6½% und für solche auf 60 Tage von 5% auf 6 Proz. erhöht.

\* Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank in Neustrelitz. Nach dem Geschäftsbericht für 1919 gingen die Hypothekenzinseinnahmen auf 0,54 (i. V. 0,56) Mill. Mark zurück, während sich die sonstigen Zinseinnahmen auf 0,76 (0,35), Provisionen auf 0,04 (0,02) Mill. Mark erhöhten. Pfandbriefzinsen blieben mit 0,37 Mill. Mark ziemlich unverändert. Die Handlungskosten stiegen auf 0,44 (0,20), die Depozituzinsen auf 0,39 (0,20) Mill. Mark. Aus dem Reingewinn von 0,16 (0,11) Mill. Mark soll, wie bereits gemeldet, eine Dividende von 8 (2) Proz. verteilt werden bei einem Neuvortrag von 32228 (33736) M. Nach der Bilanz steht den Pfandbriefhypotheken von 10,07 (i. V. 9,80) und freien Hypotheken von 1,83 (2,88) ein Pfandbriefumlauf von 9,75 (9,48) Mill. Mark gegenüber. Die Depositen sind auf 17,71 (9,51), diverse Kreditoren auf 6,28 (6,70), Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen auf 5,02 (2,53) Mill. Mark angewachsen, während die Bankguthaben auf 5,15 (6,56) Mill. Mark zurückgingen.

\* Mitteldeutsche Kreditbank in Frankfurt a. M. In der heutigen Aufsichtsratssitzung wurde eine Dividende von 8 (i. V. 7) Prozent und eine Kapitalerhöhung um 30 auf 90 Mill. Mark vorgeschlagen werden, wobei die neuen Aktien den alten Aktionären zu 115 Proz. angeboten werden sollen.

\* Ostholstein, Terrain-Akt.-Ges., am Großschiffahrtsweg. In 1919 ergab sich eine Erhöhung der Unterbilanz von 1,5 auf 1,65 Mill. Mark.

\* Kammgarnspinnerei Stöhr & Co., Akt.-Ges., in Leipzig. Nachdem der Grund zum Bilanzaufschub infolge des Erlasses des Reichsausgleichsgesetzes in Wegfall gekommen ist, schlagen die Verwaltungsräte die Ausschüttung einer

Dividende von 10 (i. V. 6) Proz. für 1918 und einer solchen für

1919 von 20 Proz.

vor, so daß die Aktionäre eine Gesamtausschüttung von 30 Proz. für beide Jahre erhalten werden.

\* Mechanische Weberei am Mühlbach in Lügau zu Augsburg. Aus einem Aktivrest von 224896 M. soll eine weitere Quote von 20 Proz. verteilt werden, die in der Hauptheile als Schlüsselquote zu betrachten ist.

## Dividendenerklärungen

Hermes, Kredit-Versicherungs-Bank, Akt.-Ges., in Berlin 4 (i. V. 6) Proz. aus einem Reingewinn von 81880 M. nach 88936 M. Abschreibungen auf Wertpapiere.

Rheinisch-Westfälische Lloyd, Transport-Versicherungs-Akt.-Ges., in M. Gladbach 15 (i. V. 13½) Proz.

Rheinisch-Westfälische Rückversicherungs-Akt.-Ges. in M. Gladbach wieder 10 Proz.

C. A. Schietrumpf & Co., Komm.-Ges. auf Aktien, in Jena wieder 6 Proz. aus einem Reingewinn von 75191 (70680) M.

Reishandels-Akt.-Ges., in Bremen 22 Proz. für 1917/18 gegen 4 Proz. für 1916.

Ir. Gebr. Goedhart, Akt.-Ges., in Düsseldorf wieder dividenlos.

## Berliner Börse vom 21. Mai

Lustigkeit und Geschäftstilfe waren die Merkmale der heutigen Börse. Die bevorstehenden Feiertage und die andauernden Krisengerüchte ließen Spekulation und Publikum größte Zurückhaltung beobachten. Infolgedessen brückelten die Kurse ab. Auf dem Montanaktienmarkt waren besonders gedrückt Bochumer (-10), Höchster (-9,50), Mannesmann (-6,50), Phoenix (-10); auch ober schlesische Werte lagen im Angebot. Als fest zu verzeichnen sind lediglich Rombacher (+12,50). Schiffahrtswerte hatten keine einheitliche Tendenz bei geringen Schwankungen. Die chemischen Papiere lagen im Angebot und hatten Kursabschriften bis zu 10 Proz. zu verzeichnen. Auch die Elektrizitätsaktien unterlagen Abschwächungen, namentlich Deutsch-Energie, die 42 Proz. niedriger einsetzten, sich späterhin aber wieder etwas erholt haben. Eine einheitliche Tendenz kam auf dem Gebiete der Spezialwerte nicht zustande; Köln-Rottweiler ermäßigten sich um 8, Hirsch Kupfer um 6 Proz. Kaliwerte wurden meist angeboten und gaben nach, so Westergold (-22). Auch die ausländischen Bahngesellschaften mussten sich ermäßigen, wie Baltimore (-40), Franzen (-9,50); Schantung angeboten. Heimische Bankaktien schwächten sich bei Deutsche Bank um 4 und Dresdner um 3½ Proz. ab.

Der Einheitsmarkt zeigte überwiegend schwächere Haltung. Von den amlich nicht notierten Werten gingen Mansfelder Kux zu 2000 um, verloren also 150; Polyphon lagen niedriger.

Auf dem Anlagenmarkt war wiederum wenig Geschäft zu verzeichnen. Das Kursniveau konnte sich durchweg behaupten. Auf dem Landwirtschafts- und Wollmarkt waren die Kurse gegen die vorherigen noch leicht gestiegen, während die Kursniveaus gegen das Vorjahr ebenfalls gestiegen waren. — In der Bilanz sind wieder 8 Posten auf 1 M. abgeschrieben. Den Debitor mit 1611827 (128485) M. stehen an Kreditoren 491888 (180927) M. gegenüber. Dagegen sind die Warenbestände auf 577032 (186241) M. gestiegen.

\* Vom Eisenmarkt. Innerhalb des Deutschen Eisenwirtschaftsbundes wurden die Händlerpreise einer Änderung unterzogen, indem für Lieferungen an Werk der Hinderaufschlag von 4 auf 6 Proz. für Lieferungen ab Lager von 20 auf 22½ Proz. erhöht wurde; für den Berliner Bezirk und den Osten kommen bekanntlich noch 5 Proz. Zuschlag zur Verrechnung. — Die für den Monat Mai zur Ausfuhr stehenden Mengen betragen, wie wir hören, 45000 t. Dazu stehen dem Reichskommissar für besondere Zwecke noch 50000 t für die Ausfuhr zur Verfügung. Anträge für die Ausfuhr sind an die bestehende Preisprüfungsstelle (bislang die Ausfuhrstelle für eiserne Produkte) zu richten. — Die französische Regierung hat bestimmt, daß die Eisenwerke an der Saar in Zukunft ihre Erzeugnisse nach Frankreich nur in Frankenwährung verkaufen dürfen. Zugleich ist festgesetzt worden, daß den Verkäufen nach Frankreich die französischen Inlandpreise zugrunde zu legen sind. Diese betragen für Stahleisen z. B. 1500 Fr. für 100 kg, ein Preis, der, in Mark umgerechnet, der Saarwerken 1000 M. pro Tonne weniger einbringt als der ihnen vom Eisenwirtschaftsbund für Lieferungen nach Deutschland eingeräumte Preis.

\* Vom Deutschen Stahlbund geht uns folgende Mitteilung zu: Durch die Tagespresse geht eine Notiz, wonach für Walzseisenwaren eine Preiserhöhung von 300 bis 500 M. zu erwarten sei. Eine solche Nachricht muß zumindest als vorläufig bezeichnet werden, denn die Preisprüfungen, die gegenwärtig im Gange sind, haben noch keinerlei greifbares Ergebnis gezeigt, auf Grund dessen heute schon hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung irgendwelche zuverlässigen Voraussagungen gemacht werden können. Erst gegen Ende des Monats wird sich einigermaßen klar übersehen lassen, ob der Abbau der Preise überhaupt jetzt schon möglich ist, und man sollte vermeiden, Beurteilung hervorzuheben, die nur dazu führen kann, das ganze Wirtschaftsleben auf das empfindlichste zu stören.

\* Vom amerikanischen Eisenmarkt. Das Fachblatt "Iron Age" schreibt in seinem Wochenbericht u. a.: Die Lage weist mit Bezug auf die Schiffahrt nur wenig Besserung auf, doch deuten hoffnungsvolle Anzeichen, die vor einer Woche noch fehlten, darauf hin, daß man mit einer baldigen Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs rechnen kann.

\* Oleo, Mineralölwerke, Akt.-Ges., in Frankfurt a. M. Unter dieser Firma wurde eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 6 Mill. Mark unter Mitwirkung der Deutschen Bank, Filiale Frankfurt a. M., und des Bankhauses E. Ladenburg, Frank-

furt a. M., gegründet. Der Zweck der Gesellschaft ist die Übernahme und der weitere Ausbau der bisher unter der Firma Deutsche Schmiermittel, G. m. b. H., betriebenen Mineralölraffinerie und Destillation.

\*

\*

\* Die staatlichen Salzbergwerke in Anhalt, die im Februar in dem Staatshaushalt mit 500000 M. Fehlbetrag eingesetzt wurden, schließen wider Erwarten mit erheblichem Gewinn ab.

\*

\* Die staatlichen Salzbergwerke in Anhalt, die im Februar in dem Staatshaushalt mit 500000 M. Fehlbetrag eingesetzt wurden, schließen wider Erwarten mit erheblichem Gewinn ab.

\* Die staatlichen Salzbergwerke in Anhalt, die im Februar in dem Staatshaushalt mit 500000 M. Fehlbetrag eingesetzt wurden, schließen wider Erwarten mit erheblichem Gewinn ab.

\* Die staatlichen Salzbergwerke in Anhalt, die im Februar in dem Staatshaushalt mit 500000 M. Fehlbetrag eingesetzt wurden, schließen wider Erwarten mit erheblichem Gewinn ab.

\* Die staatlichen Salzbergwerke in Anhalt, die im Februar in dem Staatshaushalt mit 500000 M. Fehlbetrag eingesetzt wurden, schließen wider Erwarten mit erheblichem Gewinn ab.

\* Die staatlichen Salzbergwerke in Anhalt, die im Februar in dem Staatshaushalt mit 500000 M. Fehlbetrag eingesetzt wurden, schließen wider Erwarten mit erheblichem Gewinn ab.

\* Die staatlichen Salzbergwerke in Anhalt, die im Februar in dem Staatshaushalt mit 500000 M. Fehlbetrag eingesetzt wurden, schließen wider Erwarten mit erheblichem Gewinn ab.

\* Die staatlichen Salzbergwerke in Anhalt, die im Februar in dem Staatshaushalt mit 500000 M. Fehlbetrag eingesetzt wurden, schließen wider Erwarten mit erheblichem Gewinn ab.

\* Die staatlichen Salzbergwerke in Anhalt, die im Februar in dem Staatshaushalt mit 500000 M. Fehlbetrag eingesetzt wurden, schließen wider Erwarten mit erheblichem Gewinn ab.

\* Die staatlichen Salzbergwerke in Anhalt, die im Februar in dem Staatshaushalt mit 500000 M. Fehlbetrag eingesetzt wurden, schlie